

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2025

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den europäischen Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Ratsvorsitz ist auf Dänemark übergegangen, und der Vorsitz im Europarat auf Malta.....	1
EU-Kommission: Leitlinien für die Sicherheit von Kindern im Internet und App zur Altersüberprüfung.....	1
EU-Kommission hält nach Protest von 14 Mitgliedstaaten an der Antidiskriminierungsrichtlinie fest.....	1
EU-Kommission: mehrjähriger Finanzrahmen für 2028-34 vorgeschlagen .....	2
EU-Kommission veröffentlicht Leitlinien zu bezahlbarem Wohnraum und setzt Expertengruppe ein.....	2
EU-Konsultationen zu Gleichstellung, Armut, bezahlbarem Wohnen und Cybermobbing .....	3
<i>Kurznachrichten: Europäisches Semester, Jahreshaushalt 2026.....</i>	<i>3</i>
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>3</b>
Englands Kinderschutzbeauftragte warnt vor »Dickens'schem Ausmaß« an Armut.....	3
Frankreich: Akademie macht Vorschläge zur Erhöhung der Geburtenrate .....	3
<i>Kurznachrichten: Pandemieplan, Tabakkonsum, Sexualunterricht.....</i>	<i>4</i>
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>4</b>
Europäische Garantie für Kinder: Koordinator:innen, Parlament, Umsetzungsbericht, EU-Semester .....	4
30 Staaten verurteilen Tötung von Kindern in Gaza, EU-Kommission schlägt Suspendierung vor.....	4
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>5</b>
EU JRC: Wie können wir uns auf die Risiken von heute und morgen vorbereiten?.....	5
OECD: neue Umfrage zu Risiken, die von Bedeutung sind .....	5
Eurochild: Kinder zahlen den Preis für einen unzugänglichen Immobilienmarkt .....	5
Cooling Poverty – die Ausgaben für Klimaanlageanlagen schaffen eine soziale Kluft.....	6
OECD: Unterstützung von Maßnahmen am Arbeitsplatz gegen Gewalt in Paarbeziehungen.....	6
UNAPEI: Vergleich zur inklusiven Bildung für Kinder mit Behinderungen in 5 europäischen Ländern .....	6
GLOBSEC: gestohlene Generationen – eine systematische Beeinträchtigung der Zukunft der Ukraine .....	6
The Lancet: Kürzungen bei USAID können 4,5 Millionen Kindern bis 2030 das Leben kosten .....	7
<i>Kurznachrichten: Demografie, Mandela-Tag.....</i>	<i>7</i>
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>7</b>

## Nachrichten aus den europäischen Institutionen

### EU-Ratsvorsitz ist auf Dänemark übergegangen, und der Vorsitz im Europarat auf Malta

Am 1. Juli 2025 hat Dänemark turnusgemäß den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (Ministerrat) übernommen. Neben den Zielen Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit strebt der neue Ratsvorsitz auch den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet an.

Im Ministerkomitee des Europarats hat Malta seit Mai den Vorsitz inne. Im Fokus stehen die Unterstützung der Ukraine, der Schutz von Kindern im digitalen Raum, der Kampf gegen Diskriminierung und Gewalt sowie die stärkere Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen.

- [Council of the European Union: Programme of the Danish EU Presidency](#) 
- [Presidency of Malta: Our Priorities](#) 

### EU-Kommission: Leitlinien für die Sicherheit von Kindern im Internet und App zur Altersüberprüfung

Die Kommission hat im Rahmen des EU-Gesetzes über digitale Dienste (DSA) Leitlinien für Online-Plattformen zum Schutz Minderjähriger im Internet verabschiedet (s. [AGF-EuropaNews 5/25](#)) sowie einen Prototyp einer App zur Altersüberprüfung vorgestellt. Die endgültigen Leitlinien gelten für Plattformen jeder Größe. Sie decken ein breites Spektrum an Themen zum Schutz von Kindern ab – darunter süchtig machendes Design, schädliche und unangemessene Inhalte, unerwünschte Kontaktaufnahmen durch Fremde und Cybermobbing. Zu den Empfehlungen gehört, dass Plattformen die Konten von Kindern standardmäßig auf die höchste Datenschutzzstufe einstellen. Die EU verfolgt bei den Leitlinien einen risikobasierten Ansatz, bei dem beispielsweise Websites, die Alkohol, Drogen oder den Zugang zu Pornografie oder Glücksspielinhalten verkaufen, als „risikoreich“ eingestuft werden und die strengsten Methoden zur Altersüberprüfung anwenden müssen. Für den Zugang zu sozialen Medien hat die Kommission Vorschläge für ein EU-weites Mindestalter abgelehnt, aber den Mitgliedstaaten gestattet, eigene Altersgrenzen festzulegen.

Gleichzeitig erklärte die Kommission, dass sie erwartet, dass alle Methoden zur Altersüberprüfung, die zum Schutz von Kindern eingesetzt werden, genau, zuverlässig, robust, nicht intrusiv und nicht diskriminierend sind. Daneben sollen Funktionen der elterlichen Kontrolle (Kindersicherungen) für Online-Plattformen weiterhin optional bleiben. Die Kommission kündigte einen Prototyp einer App zur Online-Altersüberprüfung an, den sie als „Goldstandard“ präsentiert. Die App soll überprüfen, ob das Alter eine:r Nutzer:in über einer bestimmten Grenze liegt, ohne persönliche Daten wie Name oder Geburtsdatum zu speichern. Die App wird nun von fünf EU-Ländern getestet – Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien und Spanien. Die Richtlinien und die App sollen in 12 Monaten überprüft werden. Langfristig ist geplant, die Technik in den digitalen EU-Ausweis (eID) zu integrieren – eine Art offizieller Online-Identitätsnachweis, der ab Ende 2026 verfügbar sein und auch in Deutschland eingeführt werden soll. Dänemark will das Thema während seines Ratsvorsitzes vorantreiben.

- [Kommission veröffentlicht Leitlinien zum Jugendschutz \(DSA\)](#)

### EU-Kommission hält nach Protest von 14 Mitgliedstaaten an der Antidiskriminierungsrichtlinie fest

Die Europäische Kommission will die allgemeine Gleichstellungsrichtlinie nicht mehr aus ihrem Arbeitsprogramm streichen. Gegen die vorgesehene Streichung hatten Anfang Juli 14 Mitgliedstaaten protestiert. Zuvor gab es

Einsprüche aus dem Europäischen Parlament, dem Ministerrat und der Zivilgesellschaft (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 6/25](#)). Der Entwurf der Richtlinie von 2008 soll europaweit die Antidiskriminierungsvorschriften in den Bereichen Religion, Behinderung, Alter und sexuelle Orientierung harmonisieren. Sie soll die geltende EU-Richtlinie für die Gleichstellung am Arbeitsplatz ergänzen. Derzeit hängt der Entwurf im Ministerrat fest. 24 Länder unterstützten den Vorschlag in den Beratungen des Rates, aber drei Länder – Deutschland, Tschechien und Italien – blockierten die Richtlinie. Zur Verabschiedung ist Einstimmigkeit erforderlich. Die Kommission und der dänische Ratsvorsitz sehen Potential in einem Dialog über die Bedenken, die diese drei Länder daran hindern, zuzustimmen oder sich zumindest der Stimme zu enthalten.

### EU-Kommission: mehrjähriger Finanzrahmen für 2028-34 vorgeschlagen

Die Europäische Kommission hat den langfristigen EU-Haushalt vorgeschlagen, in dem die bisher getrennten Programme für Landwirtschaft und Regionalförderung zu länderspezifischen nationalen Plänen zusammengefasst und ein Fonds in Höhe von 451 Milliarden Euro zur Ankurbelung der angeschlagenen Industrie geschaffen werden sollen. Der von Brüssel vorgeschlagene mehrjährige Finanzrahmen für die Zeit nach 2027 beläuft sich auf 1,98 Billionen Euro oder 1,26 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Union. Dies liegt deutlich über dem aktuellen Haushalt, der bei 1,11 % angesetzt und auf 1,05 % des BNE ausgehandelt wurde. Allerdings sind 165 Milliarden Euro des Gesamtbetrags für die Rückzahlung der Schulden des Pandemie-Wiederaufbaufonds der Union vorgesehen, sodass sich der restliche Haushalt auf nur 1,82 Billionen Euro oder 1,15 % des BNE beläuft.

Der Entwurf fasst zur Vereinfachung und Flexibilisierung viele Budgetposten und Förderfonds zu wenigen Bereichen zusammen, wogegen es jedoch von verschiedenen Seiten Widerspruch gibt. So haben sich 47 zivilgesellschaftliche Organisationen – darunter COFACE, Eurochild und Save the Children – für den Erhalt des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) ausgesprochen, da eine garantierte Finanzierung seiner sozialen Ziele zu dessen Erfolgsfaktoren gehöre.

- [EU-Kommission: Communication – The Multiannual Financial Framework 2028-2034](#)  
- [COFACE: Future EU budget 2028-2034 \(Überblick\)](#) 
- [COFACE u. a.: Joint statement – Keep what works: 8 success factors for a future ESF+!](#) 

### EU-Kommission veröffentlicht Leitlinien zu bezahlbarem Wohnraum und setzt Expertengruppe ein

Die Europäische Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten mit neuen Leitlinien dabei, die überarbeiteten Regeln zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden umzusetzen. Dan Jørgensen, EU-Kommissar für Energie und Wohnungswesen, erklärte, dass effizientere Gebäude zu niedrigeren Energiekosten beitragen und im Gebäudesektor Nachhaltigkeit und Erschwinglichkeit Hand in Hand gehen müssten. Die Kommission hat außerdem eine Expert:innengruppe zum Thema erschwinglicher Wohnungsbau eingerichtet. Sie soll konkrete, unabhängige politische Empfehlungen erarbeiten. Die Kommission plant, den ersten europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum im nächsten Jahr anzunehmen.

- [EU-Kommission: building sector on a pathway towards greater energy efficiency and decarbonisation](#) 

### EU-Konsultationen zu Gleichstellung, Armut, bezahlbarem Wohnen und Cybermobbing

Die Europäische Kommission bittet um öffentliche Stellungnahmen zu ihrer Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030, in der konkrete Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im

Einklang mit den Grundwerten der EU und der im März 2025 verabschiedeten langfristigen Vision für die Rechte der Frau dargelegt werden.

Ebenso hat sie eine öffentliche Konsultation über die erste EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut begonnen, um Erkenntnisse zu sammeln und Impulse zu setzen. Die Verabschiedung ist für Anfang 2026 geplant.

Des Weiteren führt die Kommission für den ersten Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum eine öffentliche Konsultation zur Sammlung zusätzlicher Fakten und Kenntnisse durch, mit deren Hilfe sie politische Maßnahmen entwickeln kann.

Zu guter Letzt wurde eine Konsultation für den ersten EU-Aktionsplan gegen Mobbing im Internet gestartet.

- [EU-Kommission: Konsultation zur Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030](#)
- [EU-Kommission: Konsultation zur ersten EU-Strategie gegen Armut](#)
- [EU-Kommission: Konsultation zum ersten Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum](#)
- [EU-Kommission: Konsultation zum ersten Aktionsplan gegen Cybermobbing](#)

### *Kurznachrichten: Europäisches Semester, Jahreshaushalt 2026*

- Der Ministerrat hat die Länderempfehlungen für das Europäische Semester 2025 beschlossen (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 6/25](#)).
- Der Ministerrat hat sich auf eine Position zum Haushaltsentwurf 2026 geeinigt (s. [AGF-EuropaNews 6/25](#)).

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Englands Kinderschutzbeauftragte warnt vor »Dickens'schem Ausmaß« an Armut

Ein Bericht der Kinderbeauftragten Englands, Dame Rachel de Souza, beinhaltet Berichte von Kindern, denen eine Heizung, ein Ort zum Waschen, ein Platz zum Frühstück oder ein sicherer Transport zur Schule fehlt – wobei viele von ihnen diese Entbehrungen als normal ansähen. Dringende Reformen in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Bildung und Sicherheit in der Gemeinde seien erforderlich, um den Zusammenhang zwischen dem sozialen Hintergrund eines Kindes und seinen Zukunftschancen zu durchbrechen. Die Kinderbeauftragte Englands hat entsprechende Empfehlungen vorgelegt. Den meisten Vorschlägen folgen auch die Kinderbeauftragten von Nordirland, Schottland und Wales.

- [Children's Commissioner: Children are living in 'Dickensian levels' of poverty](#) 

### Frankreich: Akademie macht Vorschläge zur Erhöhung der Geburtenrate

Die Nationale Akademie für Medizin in Frankreich schlägt sieben dringende Maßnahmen vor, um zwischen 2030 und 2040 einen neuen Babyboom zu erreichen: eine universelle finanzielle Unterstützung ab dem ersten Kind; 100.000 neue Krippenplätze; finanziell tragbare Elternzeit, die zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt wird; die Unfruchtbarkeit von Paaren zu einer Priorität der Prävention und öffentlichen Gesundheit zu machen; die Geburtenrate in Krankenhäusern und Gesundheitsdiensten zu verbessern sowie die jungen Generationen in ihren ökologischen und sozialen Anliegen zu verstehen und zu begleiten.

- [Académie nationale de médecine: Natalité ...](#)  



### *Kurznachrichten: Pandemieplan, Tabakkonsum, Sexualunterricht*

- Die Schweiz hat ihren nationalen Pandemieplan aktualisiert, im Hinblick auf ein weites Spektrum möglicher Krankheitserreger sowie auf soziale und wirtschaftliche Auswirkungen einer Pandemie.
- In Frankreich sind die strengeren Regeln gegen Tabakkonsum in Kraft getreten: Um Schulen und auf Sportgeländen, an Bushaltestellen und Stränden sowie in Parks ist er nun verboten (s. [EuropaNews 5/25](#)).
- Portugals konservative Regierung will den Sexualunterricht streichen, der im Lehrplan bisher im Fach Sozialkunde verankert ist.

## Weitere Nachrichten

### Europäische Garantie für Kinder: Koordinator:innen, Parlament, Umsetzungsbericht, EU-Semester

Die nationalen Koordinator:innen für die Europäische Garantie für Kinder aus 24 Mitgliedstaaten trafen sich in Warschau, um den vierten Jahrestag der Garantie zu begehen. Das Treffen, das von dem polnischen Ratsvorsitz ausgerichtet wurde, konzentrierte sich auf die Ausweitung der Kinderbetreuung, inklusive Bildung und den Zugang zu schulischen Aktivitäten für bedürftige Kinder. Die Koordinator:innen informierten einander über die Fortschritte bei der Bereitstellung einer hochwertigen kostenlosen Kinderbetreuung für eine immer größere Zahl von Kindern sowie über die Maßnahmen, die Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf helfen sollen, in der Regelschule erfolgreich zu sein. Auch auf dem 15. Europäischen Forum für die Rechte des Kindes wurde die Garantie für Kinder thematisiert und zu ihrer Stärkung aufgerufen.

Im Europäischen Parlament haben die Mitglieder des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten die Arbeitsgruppe zur Europäischen Garantie für Kinder wieder ins Leben gerufen. Hristo Petrov (Renew, BG) wird den Vorsitz der Arbeitsgruppe übernehmen.

Mit Luxemburg haben nunmehr 26 der 27 EU-Mitgliedstaaten den Fortschrittsbericht zu ihrem Nationalen Aktionsplan für die Europäische Garantie für Kinder vorgelegt (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 4/25](#)). Nun ist Lettland das letzte Land, dessen Bericht noch fehlt. Die Berichte sollten bereits im März 2024 eingereicht worden sein. Da die Berichte alle zwei Jahre zu erstellen sind, stehen im März 2026 die zweiten Umsetzungsberichte der Mitgliedstaaten an.

Mit dem Europäischen Semester 2025 beinhalten zum ersten Mal die dafür erstellten Länderberichte zu allen EU-Mitgliedstaaten auch Informationen darüber, welche Fortschritte bei der Umsetzung der Garantie für Kinder gemacht wurden.

- [EU-Kommission: National action plans and progress reports](#) 
- [EU-Kommission: 2025 European Semester – Country Reports](#) 

### 30 Staaten verurteilen Tötung von Kindern in Gaza, EU-Kommission schlägt Suspendierung vor

30 Länder – darunter die langjährigen Unterstützer Israels Italien und Österreich – haben gemeinsam mit der EU-Kommissarin für humanitäre Hilfe, Hadja Lahbib, eine Erklärung unterzeichnet, in der sie Israel dazu auffordern, den Krieg im Gazastreifen sofort zu beenden und die Beschränkungen für Hilfslieferungen umgehend aufzuheben. Sie verurteilen die „Verknappung von Hilfsgütern“ und die „unmenschliche Tötung von Zivilisten, einschließlich Kindern“. Es sei entsetzlich, dass über 800 Palästinenser:innen auf der Suche nach Hilfsgütern getötet wurden.

Gleichzeitig wird die sofortige Freilassung der verbliebenen Geiseln gefordert. Das Schreiben wurde von den Außenminister:innen von 21 EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, Island, Japan, Kanada, Liechtenstein, Neuseeland, Norwegen, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich unterzeichnet. Außerdem hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, das Assoziierungsabkommen mit Israel zum EU-Forschungsprogramm „Horizon Europe“ teilweise auszusetzen. Eine Entscheidung im Ministerrat darüber wurde verschoben.

- [United Kingdom: Occupied Palestinian Territories - joint statement, 21 July 2025](#) 
- [EU-Kommission: Vorschlag zur partiellen Aussetzung der Assoziierung Israels mit Horizont Europa](#)

## Berichte und Studien

---

### EU JRC: Wie können wir uns auf die Risiken von heute und morgen vorbereiten?

Das Gemeinsame Forschungszentrum (JRC) der Europäischen Kommission hat 47 Risiken aus den Bereichen Natur, Technologie, Gesellschaft und Geopolitik analysiert. Der Bericht untersucht, wie aktuelle und neu auftretende Risiken miteinander interagieren und zu sich gegenseitig verstärkenden Effekten und Kettenreaktionen führen. Die Autor:innen fordern eine antizipative Regierungsführung.

- [EU JRC: Analysis of risks Europe is facing \(2025\)](#) 

### OECD: neue Umfrage zu Risiken, die von Bedeutung sind

Die OECD-Umfrage „Risks that Matter“ liefert Erkenntnisse über die Wahrnehmung wirtschaftlicher Risiken durch die Bevölkerung, ihre Einschätzung der Sozialprogramme ihres Landes und ihre Präferenzen hinsichtlich politischer Maßnahmen. Interviews mit 27.000 Befragten zeigen, dass die Menschen in 27 OECD-Ländern tief besorgt sind über geopolitische Fragen, ihre Gesundheit und ihre Finanzen. Über 70 % der Befragten in allen Mitgliedstaaten fordern höhere öffentliche Investitionen in Umschulungen und Hochschulbildung, um sicherzustellen, dass Beschäftigte über die richtigen Fähigkeiten für die Zukunft verfügen. Eine klare Mehrheit fordert, mehr Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, den Einsatz von Technologie am Arbeitsplatz voranzutreiben und Arbeitnehmer:innen von Teilzeit- in Vollzeitstellen zu bringen, um dem prognostizierten Arbeitskräftemangel aufgrund der alternden Bevölkerung entgegenzuwirken. Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenrate sind hingegen weniger beliebt.

- [OECD: 2024 Risks that Matter Survey](#) 

### Eurochild: Kinder zahlen den Preis für einen unzugänglichen Immobilienmarkt

Das Papier analysiert, wie sehr sich in den letzten zehn Jahren die Immobilienkrise in Europa verschärft hat. So habe Eurostat festgestellt, dass zwischen 2010 und 2022 die Durchschnittsmieten um 18 % gestiegen seien, während die Immobilienpreise um 49 % in die Höhe geschossen seien. Steigende Wohnkosten und stagnierende Löhne machten es für Familien immer schwieriger, sich eine angemessene und sichere Unterkunft zu leisten. Nach Angaben der Abbé-Pierre-Stiftung waren im Jahr 2023 in Europa und im Vereinigten Königreich etwa 400.000 Minderjährige obdachlos oder lebten in Notunterkünften oder unzureichenden Unterkünften. Generell hätten Familien mit unterhaltsberechtigten Kindern (18,1 %) in der EU im Jahr 2023 eine höhere Wahrscheinlichkeit gehabt, in den letzten 12 Monaten Schwierigkeiten bei der Miete zu haben, als Familien ohne

Kinder (10,2 %). Der Bericht soll einen Beitrag zu dem ersten EU-Plan für bezahlbaren Wohnraum leisten, der derzeit von der Europäischen Kommission ausgearbeitet wird.

- [Eurochild: Housing challenges faced by children in Europe](#)  

### Cooling Poverty – die Ausgaben für Klimaanlage schaffen eine soziale Kluft

Während die Sommer immer heißer werden, wird die finanzielle Belastung durch die Kühlung für einkommensschwache Familien immer größer. Eine Studie, an der auch das Euro-Mediterrane Zentrum für Klimawandel und die Universität Ca' Foscari mitgearbeitet haben, zeigt, dass die zunehmende Verbreitung von Klimaanlage als Anpassungsstrategie den Stromverbrauch in Haushalten weltweit deutlich erhöhen und eine soziale Kluft aufreißen wird: Während Haushalte mit hohem Einkommen zwischen 0,2 % und 2,5 % ihrer Ausgaben für Strom zur Kühlung ausgeben, läge die Belastung ärmerer Haushalte bei bis zu 8 % ihres Budgets.

- [De Cian et al.: The impact of air conditioning on residential electricity consumption](#) 

### OECD: Unterstützung von Maßnahmen am Arbeitsplatz gegen Gewalt in Paarbeziehungen

Wirksame Unterstützungsmaßnahmen am Arbeitsplatz könnten laut dem OECD-Papier dazu beitragen, die hohen sozialen und wirtschaftlichen Kosten von Gewalt in Paarbeziehungen für Einzelpersonen, Unternehmen und Gesellschaften zu senken. Es werden politische Maßnahmen herausgestellt, die Arbeitgeber und Regierungen in den OECD-Ländern ergreifen, um in der Arbeitswelt den Umgang mit Gewalt in Paarbeziehungen zu verbessern.

- [OECD: Supports \(th\)at work](#) 

### UNAPEI: Vergleich zur inklusiven Bildung für Kinder mit Behinderungen in 5 europäischen Ländern

UNAPEI ist das größte Netzwerk Frankreichs zur Unterstützung von Menschen mit geistigen Behinderungen und ihren Familien. Der Bericht untersucht, wie sich die inklusive Bildung für Kinder mit Behinderungen in Europa entwickelt. Er vergleicht die Gesetze, Ressourcen und Praktiken in fünf Ländern: Deutschland, England, Italien, Portugal und Schweden. Es gebe zwar Bestrebungen, so der Bericht, inklusive Bildung zu einem Grundprinzip der Gesetzgebung zu machen. Wie jedoch Rückmeldungen von Familien und Verbänden zeigten, müsse noch mehr getan werden, um sicherzustellen, dass inklusive Bildung vollständig umgesetzt wird, insbesondere im Hinblick auf Barrierefreiheit, Personal und finanzielle Mittel.

- [UNAPEI: Benchmarks and inspiring practices of Inclusive Education](#) 

### GLOBSEC: gestohlene Generationen – eine systematische Beeinträchtigung der Zukunft der Ukraine

Der slowakische Thinktank GLOBSEC hat einen Bericht über die Mechanismen veröffentlicht, mit denen Russland ukrainische Kinder deportiert, indoktriniert und ihre Identität auslöscht. Nach Angaben der ukrainischen Behörden seien mindestens 19.546 Kinder betroffen. Die Kinder würden oft als russische Staatsbürger:innen registriert und erhielten neue Namen, bevor sie in russischen Familien oder Einrichtungen untergebracht würden. Gefälschte Dokumente würden ausgestellt, um ihre Herkunft zu verschleiern. Ideologische Umerziehung sei allgegenwärtig, mit russischen Lehrplänen, Kreml-Feiern und militärischer Indoktrination. Mehr als 1,6 Millionen Kinder lebten unter russischer Besatzung in der Ukraine und besuchten dort mehr als 500 Schulen.

- [Megan Gittoes, GLOBSEC: Stolen Generations – A Systematic Violation of Ukraine's Future](#)  

## The Lancet: Kürzungen bei USAID können 4,5 Millionen Kindern bis 2030 das Leben kosten

Eine in der medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ veröffentlichte Studie bewertet die Auswirkungen aller USAID-Finanzmittel auf die Sterblichkeit von Erwachsenen und Kindern in den letzten zwei Jahrzehnten und prognostiziert die Auswirkungen ihrer Streichung. Die Studie schätzt, dass die USAID-Finanzmittel bisher mit einem Rückgang der Mortalität durch HIV/AIDS um 65 %, durch Malaria um 51 % und durch vernachlässigte Tropenkrankheiten um 50 % verbunden waren. Von 2001 bis 2021 seien 92 Millionen Todesfälle aller Altersgruppen verhindert worden, darunter 30 Millionen bei Kindern unter fünf Jahren. Prognosemodelle der Studie sagen voraus, dass die derzeitigen drastischen Kürzungen der Finanzhilfen bis 2030 zu mehr als 14 Millionen zusätzlichen Todesfällen aller Altersgruppen führen könnten, darunter 4,5 Millionen bei Kindern unter fünf Jahren.

- [Cavalcanti et al.: Evaluating the impact of two decades of USAID interventions](#) 

### Kurznachrichten: Demografie, Mandela-Tag

- 2025 wurde oft als Wendepunkt prognostiziert, ab dem die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der OECD nicht mehr wachsen, sondern schrumpfen würde. Und genau so ist es gekommen. (OECD)
- Am 18. Juli war der Internationale Nelson-Mandela-Tag: „Nichts offenbart die Seele einer Gesellschaft deutlicher als die Art und Weise, wie sie ihre Kinder behandelt.“

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1.-7. August 2025 (in Dtl: 29.9.-5.10.25)	<a href="#">World Breastfeeding Week</a>	UN
6. August 2025, online	<a href="#">Digital &amp; Information Resilience Training</a>	Center for Countering Digital Hate (CCDH)
10. August 2025, Chicago	<a href="#">What's New with the Future of Families and Child Wellbeing Study? Exploring Twenty-Two Years of Data with the Data Support Team</a>	Princeton University
12. August 2025	<a href="#">International Youth Day</a>	UN
30. August 2025	<a href="#">International Day of the Victims of Enforced Disappearances</a>	UN
27.-29. August 2025, Mailand	<a href="#">ESPANET Annual Conference 2025: The Welfare State in the 21<sup>st</sup> Century – On the Edge of a New Era or Back to Basics?</a>	ESPAnet, University of Milan
25.-26. September 2025, Brüssel	<a href="#">Breaking Silos, Building Futures: Policy Innovations for Integrated Family and Child Support</a>	COFACE Families Europe and the Odisee Centre for Family Studies

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
14. Oktober 2025, Brüssel und online	<a href="#">5<sup>th</sup> European Accessibility Summit</a>	European Disability Forum & Microsoft
17.-19. November 2025, Brüssel	<a href="#">Policy Event: Connecting regional realities with European strategies: advancing youth employment and social inclusion</a>	YES Forum
27.-28. November 2025, Brüssel	<a href="#">European Migration Forum 2025</a> (Bewerbung um Teilnahme bis zum 8. September)	EU-Kommission und EESC
16.-18. Juni 2026, Donostia/San Sebastián	<a href="#">World Congress for Age-friendly Cities and Communities</a>	Königreich Spanien, Autonome Gemeinschaft Baskenland und WHO

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: [www.ag-familie.de](http://www.ag-familie.de)  
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend